

Antrag zum 55. Bundeskongress

Antrag 705

55. Bundeskongress vom 7. bis 8. Oktober 2017 in Jena

Antragsteller: LV Nordrhein-Westfalen

Status: angenommen nicht angenommen verwiesen an _____

Der 55. Bundeskongress möge beschließen:

1 **Für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik:** 2 **versorgungssicher, sauber, sozial!**

3 Die umfassende Versorgung mit Energie ist für eine moderne und zivilisierte Welt, ihre Freiheit,
4 ihren Wohlstand und ihren Fortschritt von essentieller Bedeutung. Während die Verbrennung
5 fossiler Brennstoffe aber zu einer problematischen Erwärmung des Weltklimas zumindest
6 beiträgt und geostrategisch bedeutsame außenpolitische Abhängigkeitsverhältnisse nach sich
7 ziehen kann, führt eine mit planwirtschaftlichen Instrumenten vollzogene Umstellung auf sog.
8 erneuerbare Energien zu unsicheren Versorgungslagen und zu einem signifikanten Anstieg der
9 Strompreise und gefährdet damit sowohl die Existenz privater Haushalte als auch diejenige von
10 energieintensiven Unternehmen. Deindustrialisierungsrisiken auf diese Weise bewusst
11 einzugehen bedeutet, weitreichende Wohlstands- und Fortschrittsverluste mit den daraus
12 folgenden negativen sozialen Folgen billigend in Kauf zu nehmen. Die einseitige
13 Subventionierung einiger weniger Stromerzeugungsarten führt überdies im Zuge massiver
14 Wettbewerbsverzerrungen zu einer Verengung der Forschung auf ebenjene subventionierten
15 Technologien. Aufgrund des grenzüberschreitenden Charakters von Energiemärkten ist eine
16 Lösung energie- und klimapolitischer Probleme in einem ausschließlich nationalen Kontext
17 zudem von vornherein zum Scheitern verurteilt. Eine zukunftsgerichtete Energiepolitik kann und
18 muss im Angesicht dieser Herausforderungen drei zentrale Voraussetzungen erfüllen: sie muss
19 Versorgungssicherheit gewährleisten und gleichzeitig sauber und sozial sein.

20 Wir Jungen Liberalen fordern deshalb eine grundlegende Neubewertung der energiepolitischen
21 Strategie der Bundesrepublik Deutschland. Im Zuge dessen sind folgende Maßnahmen
22 umgehend zu ergreifen:

23 - Das Atomgesetz ist dahingehend zu ändern, dass der Weiterbetrieb von Kernkraftwerken, die
24 noch in Betrieb sind und nach 1980 in Betrieb genommen wurden, ermöglicht wird. Neubauten
25 sind ebenfalls zu ermöglichen. Die Endlagersuche für radioaktive Abfälle ist ergebnisoffen
26 durchzuführen; die Endlagerungskosten sind von den Kraftwerksbetreibern zu tragen.

27 - Die Erforschung und Nutzbarmachung von Kernfusionsreaktoren ist entschieden
28 voranzutreiben. Diese sollen auf Kernspaltung basierende Kraftwerke langfristig vollständig
29 ersetzen.

30 - Die Nutzung fossiler Brennstoffe wie Kohle und Gas zur Energieerzeugung ist mittelfristig
31 aufzugeben.

32 - Sowohl die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen als auch die Garantie
33 fester Einspeisevergütungen für deren Erzeuger, die im Gesetz für den Ausbau erneuerbarer
34 Energien (EEG) festgeschrieben sind, ist zu revidieren. Erneuerbare Energiequellen sollen aber
35 einen angemessenen und sukzessive steigenden Anteil an der Stromerzeugung leisten können.

- 36 - Um eine zielgerichtete und problembewusste Energiepolitik zu ermöglichen, die den
37 Anforderungen europäisierter und globalisierter Märkte gerecht werden kann, sind kooperative
38 Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Union und auf völkerrechtlicher Ebene anzustreben.

Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 55. Bundeskongress vom 7. bis 8. Oktober 2017 in Jena.